

Hohenfels geht mit gutem Beispiel voran: Wie Menschen in einer kleinen Landgemeinde Großes leisten

# Bürger greifen selbst zum Hammer

VON JÖRG BRAUN

Es war zu einfach zu. Geschlossen. Längst hatten sich die Bürger in der kleinen Gemeinde Hohenfels im Bodensee-Hinterland darauf eingestellt, dass ihr Freibad nicht mehr öffnen würde. Doch als voriges Jahr der Sommer kam und trotz großer Hitze das Schwimmbad tatsächlich geschlossen blieb, da dümmerte es vielen erst so richtig, wie es sich anfühlt, wenn eine Gemeinde kein Geld mehr hat, wenn sie pleite ist.

Hohenfels mit seinen fünf Dörfern ruht idyllisch auf einer weiten, großen Freifläche zwischen Stockach, Meßkirch und Pfullendorf. Natur pur und herrliche Landschaft gibt es dort im Überfluss. Doch so reich die Gemeinde mit Feldern und Fluren gesegnet ist, so arm ist das Rathaus. Ohne Fördergelder der Landesregierung geht wenig. „Wir sind alleine nicht lebensfähig“, räumt Bürgermeister Hans Veit (CDU) ein. Doch trotz der Landeszuschüsse wird es eng und enger im Gemeindefiskus. „Wir können gerade noch unsere Grund-Infrastruktur aufrecht erhalten“, beklagt der Schulleiter.

Voriges Jahr wurde es dann dramatisch bei den Gemeindefinzen. Personal im Rathaus muss gehen, um Kosten zu sparen. Der Haushalt von Kämmerer Klaus Beck war so arg auf Kante genäht, dass keinerlei Luft für Extras blieb. Alles, was nicht gesetzlich vorgeschrieben war, wurde vom Gemeinderat aus dem Haushalt gestrichen. Dickster Brocken: Das Freibad im Ortsteil Kalkofen. Jahr für Jahr fraß das Bad aus den 70er Jahren rund 85 000 Euro aus der Gemeindekasse. Tendenz: steigend. Denn seit der Bad-eröffnung vor 30 Jahren war kaum etwas in die Anlage investiert worden.

Im Jahr 2004 hatte es noch einen verzweifelten Rettungsversuch gegeben. Ein privater Betreiber öffnete die Anlage unter eigener Regie. Doch er ging hoffnungslos baden. Ein miser Sommer und ein noch miser Service vergaßen die letzten Badegäste. Das Freibad schloss vorzeitig vor Saisonende.

Eine Gemeindeeinrichtung dicht zu machen, weil das Geld dafür fehlt, das ist blamabel. Und es schmerzt. „Doch blieb uns eine andere Wahl?“, zuckte Bürgermeister Hans Veit mit den Schultern. Andere in Hohenfels



Wenn die Gemeinde für öffentliche Aufgaben kein Geld mehr hat, müssen eben die Bürger ran. So wie hier Martin Groß (vorne) aus der kleinen Landgemeinde Hohenfels. Dort bauten Bürger das aus Finanznot geschlossene Schwimmbad in Eigenregie um.

BILDER: BRAUN/LUTZ

Ein kleiner Kreis, der jedoch beständig wuchs.

„Hohenfels hat Zukunft!“, fanden die Bürger und nahmen diesen Schlachtruf gleich als Motto für ihre Aktivitäten. „Wir wollten bewusst Aktivitäten starten, die aus der Bevölkerung angeregt werden, dem Allgemeinwohl dienen und Hohenfels in eine sichere Zukunft führen“, schreibt es Paul Saum, der Initiator der Bewegung. Im normalen Leben äußerst erfolgreicher Chef einer Gartenbaufirma,

„Wir hatten viele Fragen und große Zweifel. Aber wir hatten auch ein Ziel. Und heute haben wir ein neues Bad!“

Adolf Hahn, Chef des Schwimmbadvereins

Bürgermeisterstellvertreter und Gründer des örtlichen Gewerbevereins, kurbelte er die Bürgerbewegung in seiner Gemeinde an. Sein Motto: „Wir müssen's selbst anpacken, wenn es schwierig wird!“ Eine Umfrage fühlte den Interessen der Bürger auf den

Zahn, weitere Treffen sondierten machbare Projekte und visionäre Wünsche der Bevölkerung. Heraus kam eine Liste mit vielen Ideen und Träumen.

Zahlreiche Wünsche sind heute Wirklichkeit. Viele öffentliche Plätze, Blumenbeete, Friedhöfe, Denkmäler und Wege wurden hergerichtet. Neue Gruppen für Jugendliche und Senioren keimen. Eine Wandertafel wird aufgelegt. Andere Bürger machen der Telekom in Sachen Internet-Leitung den Dampf. Die Projektgruppe „Einkaufsmöglichkeiten“ freut sich über einen wieder eröffneten Supermarkt, der schmerzhaft gefehlt hat. Andere Aktive erstellen Werbematerial für freies Gemeinwohl im Ort. Im Einsatz fürs Gemeinwohl sind alle Bevölkerungsschichten. Von der Hausfrau über den Handwerks-Azubi bis hin zum Firmenchef, alteingesessene Urbürger und Zugezogene. „Eine bemerkenswerte Initiative“, findet denn auch der Bürgermeister.

Der herausragendste Einsatz jedoch ist der Umbau des Schwimmbades.

Hunderte Helfer krepelten in zahlreichen Einsätzen das teure kommunale Bad in ein völlig neues Naturbad um. Statt langweiliger Rechteck-Becken lädt nun eine muntere Mischung aus Badesee, Schwimzone, Spaßbad und Naturpark zum Planschen und Schwimmen. „Da wurde das Unmögliche möglich gemacht“, staunt Bürgermeister Hans Veit. Umweltfreundliche Technik ermöglicht einen viel günstigeren Betrieb als bisher. Die Sonne heizt das große Becken auf, Filterteiche ersetzen bei der Wasserreinigung das lästige Chlor. Und die Badaufsicht regelt eine neu gegründete DLRG-Gruppe, die den teuren Bade-meister überflüssig macht.

„Es ist jetzt unser Bad“

Vor vier Wochen wurde das Bad eröffnet. Seither ist es belagert. Die Bürger der Gemeinde strömen wie noch nie. „Es ist einfach jetzt unser Bad“, erklärt Helferin Marianne Fischer. „Man kümmert sich ganz anders drum, wenn man hier wohlgenal mitge-

schaft hat.“ Oder, wie Schreinermeister Albert Lutz meint: „Auf dieses Bad können wir Hohenfeler stolz sein. Es ist richtig zum Anziehungspunkt geworden. Viele kommen vorbei und wollen sich anschauen, was wir Bürger da auf die Beine gestellt haben.“ Badverein-Chef Adolf Hahn freut sich untermessen über eine tragfähige, nachhaltige Finanzierung der Bürger-Idee. „Wir haben jetzt mehr als 250 Mitglieder, die uns unterstützen. Plus viele Eintrittsgelder von Tagesgästen. Das Konzept geht auf!“ Vorbei die Zeit des Zögerns, Zauderns und Zweifeln. „Man muss nur wollen, dann gibt es meist auch eine gute Lösung“, rät er Nachahmern.

Selbst die große Politik blüht stauend auf die kleine Landgemeinde. „Unglaublich, wieviel Herzblut da drin steckt, wieviel Einsatz, Engagement“, lobte der Bundestagsabgeordnete Andreas Jung bei der Eröffnung. „Wenn doch überall in Deutschland weniger Mutlosigkeit, sondern mehr Gemeinschaftssinn wie in Hohenfels herrschen würden“, träumte er.

## Die Gemeinde

Hohenfels bei Stockach (Kreis Konstanz) besteht aus fünf Dörfern mit 2000 Bürgern, zusammengefasst bei der Gemeindeform in den 70er Jahren. Bekannt ist das Schloss Hohenfels. Dort ist die Juniorstufe der Internatsschule Salem untergebracht.

## Die Macher

Seit 2005 bündelt sich der Bügereinsatz für die Gemeinde in der Initiative „Hohenfels hat Zukunft“. Mehrere Projektgruppen verfolgen kurzfristige und visionäre Ziele. Diese wurden bei einer Bürgerbefragung ermittelt. Alles läuft unentgeltlich.

## Das Bad-Projekt

Bisher größtes Einzelprojekt war der Neubau des Schwimmbades. Dafür waren mehr als 6300 Helferstunden nötig. In zehn Monaten wurde aus einem klassischen Chlor-Freibad ein Naturbad, das biologisch-mechanisch funktioniert und ohne Chlorung auskommt. In Reinigungsbecken und Sickerbecken wächst sich das Badwasser selbst wieder frisch. Das Gesundheitsamt überprüft die Wasserqualität. Bilder von Bad und Umbau unter [www.suedkurier.de](http://www.suedkurier.de).

## Die Finanzierung

Die Projektgruppe der Bürgerinitiative gründete einen Verein. Eine Mitgliedschaft kostet im Jahr 50 Euro. Dafür darf die ganze Familie jederzeit gratis baden. Einzeleintritte ins Bad sind möglich; 2,90 Euro für Erwachsene.



## Der Kontakt

[www.hohenfels.de](http://www.hohenfels.de)  
[www.hohenfels-hat-zukunft.de](http://www.hohenfels-hat-zukunft.de)  
[www.naturbad-hohenfels.de](http://www.naturbad-hohenfels.de)  
 Adolf Hahn, Mühlgweg 3, 78355 Hohenfels, Tel. (07557) 1264.

## Die Rechtslage

Norbert Röttgen tritt als neuer Hauptgeschäftsführer seinen Dienst zum 1. Januar 2007 an. Sein Bundestagsmandat will er bis zum Ende der Legislaturperiode behalten, weil er sich seinem Wahlkreis verpflichtet fühle, hatte Röttgen nach seiner Wahl erklärt. Den Posten als Parlamentarischer Geschäftsführer gibt er im Herbst auf. Röttgen steht an einem heiklen Schnittpunkt zwischen Politik und Lobbyismus, der immer wieder für erregte Debatten sorgt. Zumeist geht es dabei aber um die Frage der Glaubwürdigkeit als Volksvertreter. Grundsätzlich sind Tätigkeiten neben dem Mandat laut Abgeordnetengesetz zulässig. Trotzdem geraten Abgeordnete mit Nebenjobs häufig ins Zwielicht. Ex-CDU-Generalsekretär Laurenc Meyer stürzte Ende 2004 über einen bezahlten Nebenjob bei seinem früheren Arbeitgeber RWE. Meyer erhielt Geld, ohne dafür eine Gegenleistung zu erbringen. Sein Fall löste eine Lawine aus. Auch SPD-Abgeordnete wurden kritisiert, weil sie nebenberuflich für Betriebsratsarbeit bezahlt wurden. Die Debatte mündete in eine Änderung des Abgeordnetengesetzes und einer Neufassung der Verhaltensregeln für Abgeordnete. Eine Doppeltätigkeit ist trotzdem weiter erlaubt. Formal hat sich Röttgen nichts vorzuwerfen. (dpa)

Zwischen Parlament und Lobbyarbeit: Der CDU-Mann **Norbert Röttgen** sorgt für einen handfesten Krach beim Industrieverband

VON HAGEN STRAUSS, BERLIN

„Er ist im Urlaub. Es gibt keine Stellungnahme“, hieß es gestern seitens der Unionsfraktion. Norbert Röttgen hat die Schotten schon länger dicht gemacht. Der erste Parlamentarische Geschäftsführer ahnte frühzeitig, dass seine heiklen Karrierepläne dazu taugen könnten, ihn unter öffentlichen Dauerbeschuss zu nehmen. Deswegen hat sich der Merkel-Mann die Devisen verordnet: Die Debatte nur nicht anheizen. Augen zu und durch. Noch. Denn inzwischen ist Röttgens beruflicher Aufstieg zum Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) zu einem handfesten Eklat geworden.

Die Vorboten, dass sich über Röttgen etwas zusammenbrauen würde, waren unübersehbar: Es begann mit der massiven Kritik im Mai, als der smarte 41-Jährige überraschend bekannt gab, er werde zum 1. Januar kommenden Jahres Führungsaufgaben beim BDI übernehmen. Sein Abgeordnetenmandat wolle er aber behalten. Das sorgte für erhebliche Empörung. Mitte Juni holte dann die Bild-Zeitung zum ersten Schlag gegen den „doppelten Norbert“ und den „Diener zweier Herren“ aus. Gestern folgte der nächste Tritt: Das Blatt veröffentlichte einen Brief der beiden ehemaligen



BDI-Chefs Michael Rogowski und Hans-Olaf Henkel, in dem sie an ihren Nachfolger Jürgen Thumann appellieren. Röttgen aufzufordern, „schon jetzt verbindlich zu erklären, dass er spätestens zum Eintritt in den BDI auf sein Bundestagsmandat verzichtet“. Der Streit um Röttgen ist damit zum verbandsternen Krach mutiert. „Herr Thumann reagiert nicht auf offene Briefe“, ließ ein BDI-Sprecher bewusst despektierlich wissen. Schon seit längerem wird kolportiert, dass

Der direkte Draht zur Bundeskammer. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Norbert Röttgen wird im Januar Geschäftsführer des Industrieverbands BDI. Sein Mandat möchte er aber nicht abgeben. Das sorgt für Ärger.

BILD: DPA

die beiden Altvorderen Rogowski und Henkel mit der Amtsführung ihres Nachfolgers unzufrieden sind. Seine zurückhaltende Haltung ist intern umstritten. Vor allem sorgen sie sich um den guten Ruf des BDI durch Röttgens Doppelfunktion. Der Verband habe bisher immer eine klare Linie gegenüber den politischen Parteien gezogen, erinnern sie ihren Nachfolger. Schon mehrfach versuchten beide zu intervenieren. Vergeblich. Thumann-Freunde glauben hingegen an ein ab-

gekartetes Spiel mit der „Bild“, weil die Boulevardzeitung den Doppelverdiener Röttgen – 14 000 Euro erhält er als Abgeordneter, angeblich 16 000 Euro monatlich als Industrievertreter – ohnehin im Visier habe. Rogowski, aber insbesondere der eitle Henkel sahen ihre Namen gerne in der Zeitung, wird gelästert.

Das Interessante an diesem Vorgang ist nicht allein die Blöde, die sich ein „so honoriger Verband“ gibt, wie Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) spottet. Interessant ist auch, dass Röttgen aus den eigenen Reihen für seinen Schritt keinerlei Rückendeckung erhält.

Mit Ausnahme des Fraktionschefs Volker Kauder – eine Pflichtübung. Hinter vorgehaltener Hand heißt es vielmehr über Röttgens Verbleib im Parlament: „Das geht nicht“, so jemand aus der Unionsführung. Der Rheinländer wird in der Fraktion geschätzt, die Kanzlerin hält ihre schützende Hand über ihn. Öffentlich will daher niemand mösen. Zumal man dann vielleicht selbst unangenehme Fragen beantworten müsste.

Röttgen ist nämlich kein Einzelfall. In seiner Fraktion gibt es bereits einen Spitzenmanager der Wirtschaft: Reinhard Göhner, seit 1983 im Parlament und seit zehn Jahren Hauptgeschäftsführer und Lobbyist des Arbeitgeberverbands BDA. So eine Tätigkeit ist eigentlich ein absoluter Vollzeitjob, wissen Kenner. „Die Ausübung des Mandats steht im Mittelpunkt der Tätigkeit eines Mitglieds des Bundestages“, heißt es überdies in der Geschäftsordnung des Parlamentes. Wie Göhner also beides vereinbart, ist vielen Berliner Beobachtern schleierhaft. Nebenamtlich sind zwar erlaubt – sie sollen aber auch Nebenamtlich bleiben.

Durch die jüngste Kritik an Röttgen könnte die Debatte um die Zusatzjobs der Abgeordneten deshalb wieder neu aufkommen. Friedrich Merz, einst Wunderwaffe der Union, gilt inzwischen als Prototyp des parlamentarischen Nebenjobbers – die Liste seiner Zusatzjobs ist lang.

Zahlreiche andere Abgeordnete arbeiten nebenbei als Rechtsanwältin, viele als „Berater“, sie sind aktiv bei Industrie- und Handelskammern und bei Wirtschaftsverbänden, sie sind Aufsichtsrats-, Beirats- oder Verwaltungsratsmitglieder; 178 der insgesamt 614 Abgeordneten sind zudem Gewerkschaftsmitglieder. Ist das alles Lobbyismus? Jeder Abgeordnete sollte mit sich selbst zu Rate gehen“, rät Bundespräsident Horst Köhler.

Jeder Abgeordnete sollte mit sich selbst zu Rate gehen.

Horst Köhler, Bundespräsident